

SITZUNG VOM

6. November 2000

PROTOKOLL

der 21. Sitzung

Datum: Montag, 6. November 2000

Zeit: 19.00 bis 21.00 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsidentin Pia Bättig

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 33 Mitglieder

Abwesend: Konrad Fiechter (berufl. Abwesenheit)
Elsbeth Hürlimann (Ferien)
Christian Jäggli (berufl. Abwesenheit)



SITZUNG VOM

6. November 2000

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 20. Sitzung vom 3. Juli 2000
3. Vorstellung der überarbeiteten Legislaturziele 2002 durch Finanzvorstand Jacques Mettler
4. Referat von Finanzverwalter HH. Keller über das Thema "Steuerkraft und Finanzkraftindex"
5. Motion Heinrich Eberhard (SVP) und Mitunterzeichnende "Änderung der Bau- und Zonenordnung" - Begründung
6. Postulat André Zika (FDP) und Mitunterzeichnende "Umzonung des Quartiers Rohr/Platten" - Begründung
7. Teilrevision der Dienst- und Besoldungsordnung (BVO)
8. Verlängerung der Versuchsphase der aufsuchenden Jugendarbeit mit Kreditbewilligung für das betreffende Kostendach
9. Landkauf des Krankenhausverbandes Zürcher Unterland in Bassersdorf
10. Berufswahlschule Kloten - Revision des Vertrages zwischen der Stadt Kloten und den Partnergemeinden
11. Bauabrechnung in der Höhe von Fr. 11'283'799.50 über den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehr- und Werkgebäudes
12. Wahl einer Spezialkommission "Stadtpark"
13. Wahl zweier Delegierter in den Kläranlageverband Kloten/Opfikon



SITZUNG VOM

6. November 2000

1. Mitteilungen

1.1 Hinschied von Leonhard Roffler

V 4.3.1

Anfangs September ist Leonhard Roffler infolge eines Herzversagens verstorben. Ratspräsidentin Pia Bättig würdigt die politische Arbeit, welche Leonhard Roffler für die Stadt Opfikon geleistet hat. Ab 1982 gehörte er auch für 8 Jahre dem Grossen Gemeinderat an. Der Rat erhebt sich für eine Trauerminute.

1.2 Personelles

V 4.3.1

Christian Müller (SVP) hat am 1. September 2000 geheiratet. Ratspräsidentin Pia Bättig gratuliert ihm zu diesem Schritt und wünscht ihm und seiner Frau alles Gute auf dem gemeinsamen Lebensweg.

Der Stadt-Anzeiger hat sich von den bisher akkreditierten Berichterstat-tern getrennt und neu Hillmar Höber als Berichterstatter gemeldet. Hillmar Höber ist bereits für andere Zeitungen im Rat akkreditiert.

1.3 Fondueabend des Stadtrates

V 4.10

Der Stadtrat gibt bekannt, dass der informative Fondueabend des Stadtrates am Mittwoch, 7. Februar 2001, im reformierten Kirchgemeindehaus stattfindet.

1.4 Fraktionserklärungen

V 4.7

Die EVP/GV-Fraktion und die SVP-Fraktion haben je eine Fraktionserklä-rung angemeldet, welche am Schluss der Sitzung verlesen wird.

2. Protokoll der 20. Sitzung vom 3. Juli 2000

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.



SITZUNG VOM

6. November 2000

3. **Vorstellung der überarbeiteten Legislaturziele 2002 durch Finanzvorstand Jacques Mettler** F 4.3.3
-

Anhand von mehreren Folien informiert Finanzvorstand Jacques Mettler über die revidierten, finanziellen Legislaturziele per 2002. Die Finanzlage hat sich massiv zu Gunsten der Stadt verändert, was zu wesentlich besseren Prognosen führt. Die Zielsetzung beim Reinvermögen kann auf Fr. 40 Mio. verdoppelt werden, der Steuerfuss sollte sich auf der neuen, tieferen Basis stabilisieren, die Selbstfinanzierung kommt über 100% und die langfristigen Schulden können auf rund Fr. 60 Mio. abgebaut werden. Allerdings ist der Anteil juristischer Personen mit über 60% sehr hoch, was doch auch ein Risiko darstellt.

4. **Referat von Finanzverwalter HH. Keller über das Thema "Steuerkraft und Finanzkraftindex"** F 4.2
-

Anhand einiger Folien und rechnerischen Beispielen erläutert Finanzverwalter HH. Keller die "Geheimnisse" und Zusammenhänge des zürcherischen Finanzausgleichs. Alle Ratsmitglieder erhalten ein entsprechendes Dossier. Im Anschluss an das Referat wurden einige Fragen zum Thema beantwortet.

5. **Motion Heinrich Eberhard (SVP) und Mitunterzeichnende "Änderung der Bau- und Zonenordnung" - Begründung** B 1.C
-

Heinrich Eberhard verweist auf seine schriftliche Begründung der Motion. Er ist der Ansicht, dass die Thematik wohl unbestritten ist und bittet - im Sinne der heute Bauwilligen - die Motion rasch zu bearbeiten und evtl. ohne Vorprüfung in den Rat zu bringen. Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag wäre schriftlich zu begründen.

6. **Postulat André Zika (FDP) und Mitunterzeichnende "Umzonung des Quartiers Rohr/Platten" - Begründung** B 1.6.2
-

André Zika begründet als Erstunterzeichner das Postulat. Die Begründung liegt zuhanden der Akten schriftlich vor. Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag wäre schriftlich zu begründen.



SITZUNG VOM

6. November 2000

7. Teilrevision der Dienst- und Besoldungsverordnung (BVO)

P 1.3

Ratspräsidentin Pia Bättig schlägt folgendes Vorgehen vor:

Nach den einleitenden Worten der Sprecherin der GPK werden alle die Gelegenheit erhalten, ebenfalls ihre einleitenden Gedanken kund zu geben. Danach soll eine materielle Detailberatung, seitenweise, stattfinden. Änderungsanträge sollen bei dieser Beratung eingebracht werden. Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Die Sprecherin der GPK, Rosmarie Bolliger, erklärt, dass die Grundlage für die neue Personalverordnung das kantonale Personalgesetz ist, welches im Herbst 1998 vom Volk genehmigt wurde. Es gibt keine Beamte mehr, Anstellungen erfolgen in einem öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis. Die GPK ist grundsätzlich für die neue Personalverordnung, wird aber zwei Änderungsanträge einbringen.

In der Detailberatung werden folgende Anträge diskutiert:

Art. 6 (Personalpolitik):

Jörg Mäder (GPK) stellt im Namen der GPK-Minderheit den Antrag, diesen Artikel abzuändern und den Wortlaut des Kantons zu übernehmen. Dies entspricht zwar nicht der Idee hinter dem Aufbau der Personalverordnung, welche nur auf das übergeordnete Recht hinweist, sollte aber hier getan werden. Nach Meinung der Minderheit ist es aber wichtig, einen personalpolitischen Grundsatz festzuhalten. Der Artikel 6 würde somit lauten:

"Der Stadtrat bestimmt die Personalpolitik nach folgenden Grundsätzen:

- *Er orientiert sich am Leistungsauftrag, an den Bedürfnissen der Kundschaft und des Personals sowie an den Möglichkeiten des Finanzhaushalts.*
- *Er unterstützt und fördert das Angebot von Ausbildungsplätzen.*
- *Er unterstützt die Erfüllung von Familienpflichten.*
- *Er fördert flexible Arbeitsmodelle."*

Dieser Antrag wird mit deutlichem Mehr abgelehnt.

Art. 28 (Einreihung):

Auch bei diesem Artikel stellt Jörg Mäder (GPK) im Namen der GPK-Minderheit den Antrag, den Wortlaut des Kantons zu übernehmen. Der Artikel 28 würde somit lauten:

"Die Einreihung der einzelnen Personen in die Besoldungsklassen und die Festsetzung der Anfangsbesoldung erfolgt durch die Anstellungsinstanz.

Bei der Festsetzung werden namentlich Erfahrungen in früheren Stellungen, ausgewiesene Fähigkeiten und besondere Eignungen für die neue Stelle berücksichtigt. Erfahrungen in Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit werden angemessen berücksichtigt."

Auch dieser Antrag wird mit deutlichem Mehr abgelehnt.



SITZUNG VOM

6. November 2000

Art. 36 Abs. 3 (Dienstfreie Tage):

Valentin Perego (GPK) stellt im Namen der GPK-Minderheit den Antrag, Abs. 3 des Art. 36 wie folgt abzuändern:

"Als zusätzliche halbe Freitage gelten die Nachmittage des Sechseläutens und des 24. Dezember."

Dieser Antrag wird mit 19:13 Stimmen unterstützt.

Art. 37 (Arbeitschluss vor dienstfreien Tagen):

Die GPK stellt den Antrag, diesen Artikel analog zu der Vollzugsverordnung des Kantons abzuändern. Er würde demnach wie folgt lauten:

"An den Tag vor Karfreitag und Auffahrt sowie Silvester wird der Arbeitschluss mit einer Sollzeit von 6 Stunden auf 15.00 Uhr festgesetzt."

Diese Formulierung hätte auch Einfluss auf die Formulierung von Art. 36, der in diesem Sinne angepasst werden müsste.

Mit dieser Änderung ist der Stadtrat einverstanden, eine Abstimmung ist somit nicht nötig.

Art. 55 (Aushilfspersonal):

Im Namen der GPK stellt Rosmarie Bolliger den Antrag, den Artikel 55 zu streichen, weil dieses Thema bereits in der Gemeindeordnung geregelt ist.

Der Stadtrat ist mit dieser Regelung einverstanden. **Der Antrag wird mit grossem Mehr unterstützt.**

Barbara Staeger (GV) hat noch einige kosmetische Anmerkungen. S. 5, Art. 23 (Stadtpräsident/in), S. 8, Art. 40 (Lehrer, Lehrerinnen, Kindergärtner; generell in Lehrkräfte abändern wie Art. 48). Stadtpräsident Jürg Leuenberger verspricht, dass die Geschlechtergleichheit nochmals überprüft und wo möglich angepasst wird.

Der Schlussantrag der GPK - vorgetragen durch Rosmarie Bolliger - wird einstimmig unterstützt. Die neue Personalverordnung der Stadt Opfikon (mit den heutigen Änderungen) wird somit genehmigt.



SITZUNG VOM

6. November 2000

7. Teilrevision der Dienst- und Besoldungsverordnung (BVO)

P 1.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 49 Zif. 2 e) der Gemeindeordnung (GO) sowie auf Grund der Anträge des Stadtrates vom 21. März 2000, der Geschäftsprüfungskommission vom 7. September 2000 und der Minderheitsanträge vom 10. Juli 2000 und 2. Oktober 2000 -

BESCHLIESST:

1. Die teilrevidierte Dienst- und Besoldungsverordnung (neu Personalverordnung) vom 21. März 2000 wird - mit den heutigen Änderungen - genehmigt.
2. Die neue Personalverordnung (PVO) tritt per 1. Januar 2001 in Kraft und ersetzt die Dienst- und Besoldungsordnung (BVO) vom 1. März 1993.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Schulpflege
 - Stadträte
 - Abteilungsleiter/innen
 - Substitut



SITZUNG VOM

6. November 2000

8. **Verlängerung der Versuchsphase der aufsuchenden Jugend- F 6.3.2/G 3.1.8
arbeit mit Kreditbewilligung für das betreffende Kostendach**
-

Der Sprecher der GPK, Hans Zolliker, informiert über diese Verlängerung der Versuchsphase. Diese Zeit soll genutzt werden, um zu prüfen, ob es Sinn macht, die Gassenarbeit in die städtische Jugendarbeit zu integrieren. Die GPK beantragt, den Versuch bis Ende 2001 zu verlängern.

Diesem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

8. Verlängerung der Versuchsphase der aufsuchenden Jugend- F 6.3.2/G 3.1.8
arbeit mit Kreditbewilligung für das betreffende Kostendach
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 30. Mai 2000 und der Geschäftsprüfungskommission vom 7. September 2000 -

BESCHLIESST:

1. Der Verlängerung der Weiterführung der Versuchsphase bis Ende 2001 für die AJUGA (aufsuchende Jugendarbeit) wird zugestimmt. Das Kostendach von Fr. 135'000.-- für die Dezentrale Drogenhilfe im mittleren Glattal wird bestätigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Gemeinderat Bassersdorf, Karl Hügin-Platz, 8303 Bassersdorf
 - Gemeinderat Dietlikon, Bahnhofstrasse 60, 8305 Dietlikon
 - Gemeinderat Nürensdorf, Alte Winterthurerstrasse 55, 8309 Nürensdorf
 - Gemeinderat Wallisellen, Zentralstrasse 9, 8304 Wallisellen
 - Stadtrat Kloten, Kirchgasse 7, 8302 Kloten
 - Verein Dezentrale Drogenhilfe im mittleren Glattal, Geschäftsstelle, Riedenerstrasse 89, 8304 Wallisellen
 - Fürsorgebehörde
 - Jugend- und Sportabteilung
 - Finanzabteilung
 - Sozialabteilung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

**9. Landkauf des Krankenhausverbandes Zürcher Unterland
in Bassersdorf**

G 3.1.11

Die Sprecherin der RPK, Christiana Brenk, berichtet über die Arbeit der RPK. Sie weist auf die grosse Auslastung des Krankenhauses (wie auch des Alterszentrum Gibeleich) hin. Der Landkauf ist eine sinnvolle Ergänzung und gibt die Möglichkeit für die Zukunft zu planen. So wird in Zukunft evtl. auch ein Angebot für Alzheimerkranke ermöglicht. Gemäss der Zürcher Regierung werden bis ins Jahr 2010 im Kanton Zürich rund 350 Langzeitbetten fehlen. Die RPK beantragt einstimmig, diesen Landkauf zu genehmigen.

Stadträtin Regula Mäder und Marion Feurer (EVP) erachten diesen Landkauf als wichtig und streichen die Bedeutung des Krankenhauses Bächli - als Ergänzung zu den städtischen Altersangeboten - hervor.

Bruno Maurer (SVP) erkundigt sich beim Stadtrat, was mit den Statuten des Krankenhausverbandes ist, welche im Frühjahr durch den Gemeinderat Opfikon abgelehnt wurden. Gesundheitsvorsteherin Regula Mäder erklärt, dass diese Statuten beim Regierungsrat zur Genehmigung eingereicht wurden und seither dort ruhen.

Es liegt kein Gegenantrag vor, dem Landverkauf wird somit zugestimmt.



SITZUNG VOM

6. November 2000

- 9 Landkauf des Krankenhausverbandes Zürcher Unterland
in Bassersdorf

G 3.1.11

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 50 Ziff. 1 der Gemeindeordnung und auf den Beschluss der Delegiertenversammlung vom 15. Juni 2000 sowie die Anträge des Stadtrates vom 11. Juli 2000 und der Rechnungsprüfungskommission vom 4. Oktober 2000 -

BESCHLIESST:

1. Der Anteil der Stadt Opfikon über Fr. 171'332.55 für den Landkauf des Krankenhausverbandes Zürcher Unterland in der Gemeinde Bassersdorf wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Krankenhausverband Zürcher Unterland (Hermann W. Lutz, Irchenbühlweg 5, 8192 Glattfelden)
 - Delegierte KZU: Claudia Keller, Bettackerstrasse 16, 8152 Glattbrugg
 - Delegierte KZU: Elsbeth Schwaighofer, Obere Bubenholzstrasse 23, 8152 Opfikon
 - Sozialabteilung
 - Gesundheitsabteilung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

10. Berufswahlschule Kloten - Revision des Vertrages zwischen der Stadt Kloten und den Partnergemeinden S 1.9.1
-

Der Sprecher der GPK, Jörg Mäder, verweist auf seinen schriftlichen Abschied. Die Reglementsänderung der Schule erfordert nun auch eine Änderung der Strukturen. Zukünftig werden Investitionen von Kloten selbstständig getätigt und auf die Mietzinsen abgewälzt. Schulgelder müssen im Voraus entrichtet werden und die Vertragsform ist so offen, so dass neue Partnergemeinden problemlos aufgenommen werden können. Die GPK beantragt mit 7:0 dem neuen Vertrag zuzustimmen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, dem neuen Vertrag mit der Stadt Kloten wird somit zugestimmt.

10. Berufswahlschule Kloten - Revision des Vertrages zwischen der Stadt Kloten und den Partnergemeinden S 1.9.1
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 51 Zif. 3 der Gemeindeordnung und die Anträge der Schulpflege vom 25. Mai 2000, des Stadtrates vom 11. Juli 2000 und der Geschäftsprüfungskommission vom 10. Oktober 2000 -

BESCHLIESST:

1. Die Revision des Vertrages zwischen der Stadt Kloten und den Partnergemeinden über die Beteiligung an der Berufswahlschule Kloten wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadt Kloten, Schulpflege, 8302 Kloten
 - Schulpflege
 - Schulsekretariat
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

11. Bauabrechnung in der Höhe von Fr. 11'283'799.50 über den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehr- und Werkgebäudes

L 2.2.3

Ratspräsidentin Pia Bättig gibt bekannt, dass Peter Bühler bei diesem Geschäft in den Ausstand tritt.

Als Sprecher der RPK informiert Anton Steiner über diese Bauabrechnung. Aufgrund günstiger Arbeitsvergebung kann eine Kreditunterschreitung von mehr als Fr. 600'000.-- verzeichnet werden. Die RPK erachtet das System nach welchem Werkverträge und Rechnungen eingeordnet sind als zu unwändig für die Prüfung. Es wurde festgestellt, dass für Architektur- und Bauführung keine Konkurrenzofferten eingeholt wurden. Persönlich sieht er einige Gefahren bei einem Bonussystem, welche ohne Konkurrenz, bzw. Gegenofferten abgeschlossen werden.

RPK-Mitglied Albert Steffen stört sich an folgenden Details:

- Ein Gabelstapler wird in der Bauabrechnung ausgewiesen.
- Für den Architekten wurde keine Konkurrenzofferte eingeholt.
- Die Wärmepumpe ist bisher noch nie gelaufen.
- Das Flachdach wurde zuerst nicht fachmännisch erstellt.
- Von Einsparungswünschen, -bemühungen von seiten der Verwaltung hat der Architekt direkt finanziell profitiert.

Finanzvorstand Jacques Mettler äussert sich - als ehemaliger Liegenschaftenvorstand - über die Abrechnung. Die Abrechnung des Gabelstaplers erachtet er als völlig korrekt. Es gab einen Posten "Mobilien" mit einem Kran. Man hat festgestellt, dass ein Gabelstapler besser dient und erst noch rund 50% günstiger ist. Beim Architektenhonorar wurde ein Bonus-Malus-System gewählt, welches das Risiko einer Kostenüberschreitung ausräumte und von welchem auch die Stadt sehr profitierte. Die Unternehmerfehler beim Flachdach wurden rechtzeitig erkannt, überprüft und ohne Kostenfolge für die Stadt behoben. Bei der Wärmepumpe ist sich Jacques Mettler nicht ganz sicher. Sie läuft nun teilweise, die Probleme werden jedoch alle innerhalb der Garantie behoben. Im Übrigen ist es normal, dass Gewinner eines Wettbewerbs danach auch den Auftrag zur Erstellung erhalten. Der Kostenvoranschlag für das Projekt wurde sehr seriös erstellt und durch das Parlament gewissenhaft geprüft. Jacques Mettler ist überzeugt, dass die Stadt ein gutes und zweckmässiges Produkt und eine gute Bauleitung bezahlt hat.

Der Bauabrechnung wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.



SITZUNG VOM

6. November 2000

11. Bauabrechnung in der Höhe von Fr. 11'283'799.50 über den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehr- und Werkgebäudes
-

L 2 2 3

Der Gemeinderat

- gestützt auf Anträge des Stadtrates vom 14. Dezember 1999 und der Rechnungsprüfungskommission vom 4. Oktober 2000 sowie in Anwendung von § 50 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung für den Umbau und die Erweiterung des Feuerwehr- und Werkgebäudes in der Höhe von Fr. 11'283'799.50 wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Finanzverwaltung
 - Liegenschaftenverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

12. Wahl einer Spezialkommission "Stadtspark"

Als Sprecher der FDP-Fraktion stellt Andreas Gadmer den Antrag, für dieses Geschäft keine Spezialkommission einzusetzen. Eine Spezialkommission soll dann eingesetzt werden, wenn die Aufgabe über die Kräfte der GPK hinausgeht. Unsere GPK setzt sich aus erfahrenen Leuten zusammen, die mit diesem Projekt keineswegs überfordert wären. Zeitlich besteht keine Eile und die finanzielle Dimension ist auch kein Grund für eine Spezialkommission.

Daniel Trachsler (NIO) findet es sinnvoll, für ein Geschäft mit dieser Komplexität (weitere Etappen folgen) eine Spezialkommission einzusetzen.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger stört sich am Ausdruck "keine Eile". Der Stadtrat wäre froh, wenn dieses Geschäft zügig bearbeitet wird, damit die Abstimmungstermine 2001 koordiniert werden können.

Das Resultat der Abstimmung zeigt eine 15:15 Pattsituation. Aufgrund des Stichentscheides der Ratspräsidentin wird eine Spezialkommission eingesetzt.

12. Wahl einer Spezialkommission "Stadtspark"

V 4.3.1

Die Präsidentin der IFK, Pia Bättig, schlägt als Mitglieder der Spezialkommission "Stadtspark" vor: Jörg Mäder (NIO, Präsident), Franziska Schwaighofer (CVP), Brigitta Steinemann (EVP/GV), Bruno Wüst (SVP), Thomas Zähler (SP), André Zika (FDP).

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Die Spezialkommission "Stadtspark" und deren Präsident werden - wie durch die IFK vorgeschlagen - gewählt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Mitglieder der Spezialkommission
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

13. Wahl zweier Delegierter in den Kläranlageverband Kloten/Opfikon K 1 A/1.2
-

Die Präsidentin der IFK, Pia Bättig, schlägt folgende Delegierte vor:

- Fritz Stoll (FDP, RPK)
- Albert Steffen (SVP, RPK).

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Fritz Stoll und Albert Steffen werden als Delegierte des Gemeinderates in den Kläranlageverband Kloten/Opfikon gewählt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Die Gewählten
 - Stadtrat Kloten, Stadthaus, 8302 Kloten
 - Flughafen Zürich Airport AG, 8058 Zürich-Flughafen
 - Kläranlageverband Kloten/Opfikon
 - Gesundheitsabteilung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. November 2000

Erklärung der GV/EVP-Fraktion

Vorgetragen durch Hans Zolliker

Als Folge des Erpressungsfalles, welcher zwar unter Schülern stattfand, aber mit der Schule direkt in keinem Zusammenhang steht, forderte Polizeivorstand Caprez den Rücktritt des Schulpflegepräsidenten Mendelin. Diese Rücktrittsforderung verkündete Herr Caprez per Radio und anschliessend auch der Presse.

Seine Begründung dieser Forderung halten wir als Fraktion Gemeindeverein/EVP für völlig unangebracht.

Im Gegenteil: Nach der Anzeige des Vaters übernahm die Jugendanwaltschaft die Verantwortung. Bei einem solch gravierenden Fall, welchen auch wir aufs Schärfste verurteilen, war sie die einzig richtige Instanz, welche die kriminelle Handlung professionell aufklären konnte.

Wir sind empört und zeigen keinerlei Verständnis für die absurde Rücktrittsforderung und halten diese Vorgehensweise für unakzeptabel. Viel Negatives fällt mit dieser unbedachten Aktion auf die Schule zurück, obwohl diese, zusammen mit der Schulpflege, eine sehr gute Arbeit leistet.

Wir danken dem Schulpräsidenten Markus Mendelin herzlich für seine wertvolle Arbeit.

Erklärung der SVP-Fraktion

Vorgetragen durch Leo Wehrli.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Die langfristigen Schulden der Stadt Opfikon betragen Ende 1999 rund 81 Mio. Fr., Ende 2000 noch rund 68 Mio. Fr.

Das Ziel der SVP-Fraktion ist, die Schulden bis zum Jahre 2005 auf 30 Mio. Fr. abzubauen. Der Abbau dieser Schulden von rund 38 Mio. Fr. sollen durch städtische Liegenschaften- und Landverkäufe getätigt werden.

Im weiteren konnte aus dem Antrag des Stadtrates vom 3.10.2000 entnommen werden, dass dem Parlament für das Jahr 2001 eine Steuerfussenkung von 7% beantragt wird. Bei genauerer Betrachtung des Finanzplans 2000 bis 2004 kommt man zur Überzeugung, dass eine Steuerfussreduktion von 10% ohne weiteres erfolgen kann und zwar bei einem ausgeglichenen Budget. Begründet werden kann das ganz alleine durch den jährlichen Rückgang der Fremdkapitalzinsen. Mit dieser Forderung sind weitere noch vorhandene Reserven im Budget überhaupt nicht angetastet.



SITZUNG VOM

6. November 2000

Zu bedenken ist, dass bei einem steuerbaren Einkommen von 70000 Fr. mit diesen zusätzlichen 3% Steuersenkung eine Einsparung von rund 100 Fr. möglich ist, was immerhin ein bescheidener Beitrag zur Kompensation, zum Beispiel der Erhöhung der Krankenkassenprämien, sein kann.

Schauen wir in die nähere Umgebung bei unseren Nachbargemeinden, so kann man feststellen, dass die Steuern massiv gesenkt werden. Wir müssen darauf achten, dass wir unseren Standortvorteil mindestens behalten, oder besser noch ausbauen können. Diese zusätzliche Steuerreduktion ermöglicht uns somit auch einige Standortnachteile auszugleichen.

Aus diesen Gründen erwartet die SVP-Fraktion von der RPK, mit ihrem Budgetantrag zugleich auch einen Antrag mit einer Steuerfussenkung von 10% an den Gemeinderat zu stellen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Pia Bätting macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 7. November 2000

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 348 -

SITZUNG VOM

6. November 2000

Protokoll geprüft:

Datum:

Die Präsidentin:

P. B. B.

10.11.00

Der 1. Vizepräsident:

J. J.

10.11.00

Der 2. Vizepräsident:

P. R.

9.11.00

